Berliner Tageblatt

XVII. Jahrg. Nr. 7 — Juli 1928

Bezugspreis fest für Jahresdauer einschliesslich Porto: Inland: M. 8,40, Ausland: Aegypten 8 sh, Argentinien 5 Pesos p., Belgien 14 Belga, Brasilien 16 Milreis, Bulgarien 280 Leva, Chile 15 Pesos p., China 2 $ U. S. A., Dänemark 7,50 Kr., Estland 800 Emk., Finnland 80 Fmk., Griechenland 160 Drachmen, Grossbritannien u. Kolonien 8 sh, Holland u. Kolonien 5 fl., Italien 35 Lire, Japan 4 Yen, Jugoslawien 110 Dinar, Lettland 10 Lat., Litauen 20 Lit., Norwegen 7,50 Kr., Oesterreich 14 Schilling, Paraguay 4 Pesos p., Peru 5,50 Soles, Polen 17,50 Zloty, Portugal 40 Escudos, Rumänien 325 Lei, Schweden 7,50 Kr., Schweiz 10 schw. Fr., Spanien 12 Pesetas, Tschechoslowakei 65 Kc., Türkei 8 sh, Ungarn 11 Pengö, U.d.S.S.R. 4 Rubel, Vereinigte Staaten (U. S. A.) 2 $. Zentralamerika 2 $ U. S. A. Anzeigen f. d. 12 gespaltene Nonpareillezeile (Rudolf Mosses Zeilenmesser 4) 0,60 M., Rubrik Deutsche Waren 0,75 M. f. d. 27 mm breite Zeile nach besond. Tarif. Alleinige Anzeigenannahme: Annoncen-Exped. Rudolf Mosse, Berlin SW 19 Breslau, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Karlsruhe i. B. Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Amsterdam, Basel, Budapest, Bukarest, London, Mailand, Prag, Warschau, Wien, Zürich. — Druck u. Verlag Rudolf Mosse, Berlin. — Telegr.-Adresse: „Berlibla" Berlin. — Rudolf Mosse-Code.

Monats-Ausgabe für Ausland und Uebersee

Zur Zeitgeschichte.

Der Ministerkongress in Paris.

Herr Kellogg, kluger und erfolgreicher amerikanischer Staatssekretär, nebenbei bester Wahlmacher der republikanischen Partei, hat nun das Ja aller eingeladenen Mächte, das eine ungeheure Verbeugung vor der materiellen und moralischen Macht seines Landes darstellt, beisammen. Es ist schon ausgemacht, dass am 27. August die Vertreter von fünfzehn Staaten, zumeist deren Aussenminister in Person, in Paris zusammenkommen werden, um den Kriegsächtungspakt zu unterzeichnen. Man wird dazu nicht die berühmte goldene Feder von 1919 nehmen, und das wird eine Unterlassung von symbolischer Bedeutung sein. Man könnte es ruhig tun, wenn die französische Theorie durchgedrungen wäre, dass der Pakt keine andere Bedeutung hätte, als die Verewigung des status quo, wie er damals festgesetzt wurde, zu sanktionieren. Aber die französischen Pressekommentare, die den papiernen Vorbehalten, mit denen man die nicht sehr freudig gegebene französische Unterschrift garniert hat, diese Bedeutung beilegen, kleben allzu sehr am Formalen und Gegenwärtigen und am Glauben an die alleinseligmachende Kabinettsdiplomatie. Sie übersehen das in die Zukunft fortwirkende Dynamische, das in der feierlichen Kriegsverfemung durch internationalen Akt, in der historischen Einzigartigkeit des Vorgangs, aber vor allem darin liegt, dass er dem Willen der Völker entspricht. Hier wird es sich zeigen, dass diese Völker, die solange die Geschobenen ihrer Monarchen und Kabinette gewesen, nun wirklich die Schiebenden geworden sind. Mehr als in ihrem Willen und in ihrem Bewusstsein gelegen ist, werden die Minister als Werkzeuge einer internationalen demokratischen Kundgebung nach Paris kommen, die der Lage zehn Jahre nach dem Kriege ihren Stempel gibt. Wer möchte leugnen, dass das Werk, so wie es vorliegt, nur unvollkommen, dass es mit Fehlern behaftet ist, die mehr als Schönheitsfehler sind? Gewiss ist es nur ein Anfang, aber dass es wirklich und ernsthaft ein Anfang zu Neuem ist, gibt ihm seinen Wert. Es ist eben doch schon der Ausdruck einer psychologischen Wandlung, die im vollen Zuge ist und durch die ganze Welt geht, und nicht bloss diplomatische Spiegelfechterei. Sehr wesentlich ist dabei, dass Amerika den Pakt bestimmt nicht in die Welt gesetzt hat, um sich bei nächster Gelegenheit damit lächerlich zu machen. Es wird nicht einfach mit der Reserve des Selbstverteidigungskriegs einzuwickeln sein, sondern in jedem praktischen Falle ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, ob die Kanonen losgehen dürfen oder nicht. Und braucht man heute noch jemand zu erzählen, dass kein Krieg ohne den amerikanischen Dollar und nicht gegen ihn geführt werden kann? Darum glauben wir auch daran, dass das, was jetzt in Paris unterzeichnet wird, in Genf nicht wieder illusorisch gemacht werden kann. Umgekehrt wird sich Genf den Impulsen, die von dem Pakt ausstrahlen, nicht entziehen können. Die Schaffung eines umfassenden und von allen Seiten anerkannten Systems von Rechtsorganisationen, das das verpönte Mittel des Kriegs zu ersetzen hat, muss nun ebenso logisch gefordert werden, als dass mit der Abrüstung anders als bisher ernst gemacht wird. Die Welt wäre ein Tollhaus, wenn das nicht geschähe. Deutschland, das mit gutem Grund und gutem Gewissen die amerikanische Friedenspolitik von Anfang an unterstützt hat, wird mehr als zuvor berechtigt sein, in der Völkerbundsversammlung diese Forderung mit Nachdruck zu erheben.

Das neue „Flottenkompromiss".

Deutschland wird in Genf, gestützt auf die Vertragsverpflichtung der Gegenseite, dabei Abrüstung auf der ganzen Linie verlangen müssen. Denn es sieht bereits danach aus, als ob Vorbereitungen im Gange wären, in Genf eine Teilaktion auf diesem Gebiet in Szene zu setzen, deren Endeffekt gerade eine Lahmlegung desjenigen Teils der allgemeinen Abrüstung wäre, an dem Deutschland das stärkste Interesse hat. Was Chamberlain im Unterhause verkündete, klang ja sehr tröstlich und einwandfrei. Er sprach nur von einem Abkommen über die Rüstungen zur See, zunächst nur zwischen Paris und London, das anscheinend auch für die anderen Flottenmächte annehmbar, das einen Schritt zur Verminderung der Serien schwimmender Kriegsmaschinen bedeuten würde. Man könnte sich darüber nur freuen, denn man müsste sich sagen: Wenn es mit der Seeabrüstung vorwärts geht, dann kommt auch die Diskussion über die Abrüstung zu Lande in Fluss. Nun machen aber Pariser Blätter übereinstimmend schon Andeutungen, dass die Dinge ganz anders liegen. Frankreich soll sich durch Zugeständnisse auf dem Flottengebiete nur die Zustimmung Englands dazu erkauft haben, dass es die bisher in der Abrüstungskommission betriebene Sabotage der Landabrüstung weiter betreibe. Das würde bedeuten, dass Frankreich den englischen Standpunkt gegenüber Amerika unterstützt, während die Engländer angeblich den Franzosen das ihnen von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages mit Fug bestrittene Recht einräumen, die „Rüstung ihrer Armee nach ihrem Gutdünken zu regeln". Vor allem hiesse das eine Unterstützung der für uns untragbaren französischen Forderung, dass die ganze hinter dem aktiven Heere stehende Reserve von der vertragsmässigen Beschränkung ausgenommen bleiben solle. Also eine Verewigung des Zustandes, dass das entwaffnete Deutschland von einem Ringe in ihrer Heeresmacht unbeschränkter Mächte umgeben bleiben soll. Die Minister, die in Paris den Kriegsächtungspakt unterzeichnen, werden sich unmittelbar von dort nach Genf begeben, und die Völkerbundsversammlung wird unter dem Zeichen des eben vollzogenen Aktes stehen. Die deutsche Regierung, die schon in ihrer ersten Antwort nach Washington den „wirksamen Impuls", den der Pakt der allgemeinen Abrüstung geben müsse, betont hatte, wird berechtigt sein, rückhaltslose Sprache in diesem Punkte zu führen und sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob wirklich im entscheidendsten Punkte die französische Politik noch immer dem beherrschenden Einfluss der Generalität unterliegt.

Stresemanns kommende Gespräche.

Wir haben immerhin die erfreuliche Wahrnehmung machen können, dass das Pariser Kabinett wenigstens in einem Punkte den politischen Unverstand der unbelehrbaren Militärs desavouiert hat, die durch das Auslieferungsbegehren gegen im Besatzungsgebiete verurteilte Deutsche eine neue scharfe Spannung in die gegenwärtigen Beziehungen hineingetragen hatten. Auch sieht der Besuch Herriots auf der „Pressa" in Köln wie ein Höflichkeitsakt aus, der unsere Empörung über jenen Affront beschwichtigen und uns über die wahren Gesinnungen des französischen Ministeriums beruhigen kann. So bestehen wirklich keine stimmungsmässigen Hindernisse mehr für das Erscheinen Stresemanns in Paris zu der Unterzeichnungsfeierlichkeit. Es ist das erste Erscheinen eines deutschen Ministers in der französischen Hauptstadt seit 1871, eine „Sensation", die natürlich der Ministerzusammenkunft ihre besondere Note gibt. Wir würden immerhin finden können, dass dieser Besuch doch noch in einem gewissen Widerspruch zu der Tatsache der fortdauernden Rheinlandbesetzung steht, wenn wir nicht wüssten, dass eben die Besetzungsfrage den wesentlichsten Inhalt von Gesprächen bilden dürfte, die der Reichsminister naturgemäss während seines Aufenthaltes mit den in Frankreich entscheidenden Personen haben wird. Wir wollen uns nicht darüber täuschen, dass ihre Aussichten heute noch gänzlich unbestimmt sind. Nicht nur deshalb, weil die von den Franzosen gewünschte umfassendere Regelung, die sogleich die Angelegenheit der Dawes-Zahlungen und der französischen Kriegsschulden an Amerika hineinzöge, vorläufig festem amerikanischen Widerstande begegnet. Mehr noch, weil die französische öffentliche Meinung für eine Erledigung der Besetzungsfrage, die dem deutschen Volksempfinden erträglich wäre, überhaupt noch nicht reif zu sein scheint. England bereitet, wie Chamberlains Erklärung im Parlamente zeigte, einer einfachen Erledigung der Angelegenheit, wie sie seit Locarno schon nötig war, keine Hindernisse mehr. Aber in Frankreich besteht, nachdem mit der in siebzehn Monaten fälligen Räumung der zweiten Zone kein Geschäft mehr zu machen, die Tendenz, sich eine frühere Räumung der dritten Zone von uns möglichst teuer bezahlen zu lassen, fort. Nun könnte man, obwohl wir unseren Preis schon in Locarno bezahlt haben, über neue finanzielle Abmachungen, bei denen Frankreich seine Rechnung fände, wohl reden. Es handelt sich um einen Akt der Politik, bei dem es ohne Entgegenkommen nicht abgeht. Aber die Schwierigkeit liegt darin, dass, von den Sozialisten abgesehen, die französische öffentliche Meinung darüber hinaus vor allem politische Kompensationen verlangt, die wir unmöglich gewähren können. Es ist für uns sehr enttäuschend, ebensowohl auf der radikalen Linken wie auf der Rechten, die deutsche Politik seit Locarno so wenig verstanden zu sehen, dass als Ersatz für die Räumung immer noch neue Sicherungen durch dauernde militärische Kontrollorgane für das entmilitarisierte deutsche Gebiet verlangt werden. Ganz zu schweigen von der wieder auftretenden Forderung nach einem „Ostlocarno", das heisst, nach einer freiwilligen deutschen Anerkennung der jetzigen deutsch-polnischen Grenze. Dass man solche Dinge, deren Verwirklichung das deutsche Volk einmütig ablehnt, überhaupt vorbringt, zeigt, dass man die wirkliche Friedensstimmung unseres Volkes, die ein solches Misstrauen nicht rechtfertigt, noch immer nicht kennt und versteht. Es zeigt aber auch, dass man das deutsche Interesse an der Abkürzung der Räumungsfrist allzu hoch und dass man die Räumung sehr einseitig nur als ein deutsches Interesse einschätzt. Herr Stresemann wird bei seinen Pariser Gesprächen unsere Partner von Locarno zu fragen haben, ob sie nicht der Meinung sind, dass die Aufhebung der Besetzung heute zur unerlässlichen Vorbedingung einer wirklich zuverlässigen Atmosphäre der Versöhnung, der Entspannung und des friedlichen Zusammenwirkens geworden ist, und dass das Interesse Frankreichs hieran genau so gross ist wie das unserige.

„Das ganze Deutschland soll es sein!"

Es würde auch einen ungeheuren Gewinn für die Herstellung solcher Atmosphäre bedeuten, wenn man in Frankreich endlich aufhören würde, das Verlangen der künstlich getrennten deutschen Volksteile in Deutschland und in Oesterreich nach Vereinigung ganz einfach als eine militärische Angelegenheit anzusehen. Diese rückständige Auffassung vergiftet das Verhältnis der beiden Völker ganz unnötig. Was sich auf dem herrlichen Wiener Sängerfest begeben, ist in der ganzen Welt richtig als der impulsive Ausdruck eines unbezwingbaren und berechtigten nationalen Verlangens verstanden worden. Amerikanische, englische und selbst italienische Blätter geben das zu. Sie wissen, dass es sich keineswegs um eine „von Berlin ausgehende politische Mache", sondern um den Ausbruch der seit einem Jahrhundert das Volk erfüllenden Sehnsucht handelt, die in Tausenden seiner Lieder erklingt. Den Deutschen von heute, hoffnungsfreudig einer neuen Zukunft Europas zugewandt, bietet die Republik Gewähr der Erfüllung ihres Einheitstraums, die französischen Generale sehen nichts als „potentielle" Rekrutenlisten — so stehen Jahrhunderte einander gegenüber!

Josef Schwab.

Nationale Erinnerungen.

Von

Dr. Ernst Feder.

In Stralsund feierte man kürzlich mit Gottesdienst und Zapfenstreich, mit Theater und Film, mit Hornblasen und Schützenschiessen, mit Kinderspeisung und schwedischen Volkstänzen den Tag, an dem vor 300 Jahren Wallensteins Angriff auf die Festung abgeschlagen worden ist. Wir feiern etwas viel — das wird auch der finden, der der Freude schönen Götterfunken verehrt. Gewiss hat in der Debatte über den Nationalfeiertag der Innenminister Severing erst kürzlich im Reichstag gute Worte über die Notwendigkeit gesagt, Freude in die Herzen der Volksgenossen zu pflanzen und nationale Freudentage einzurichten. Und gewiss ist es besonders erfreulich, dass die Stralsunder Festwoche die guten Beziehungen zu unseren schwedischen Nachbarn betont und damit auch der Völkerverständigung dient. Aber es ist vielleicht nicht ohne Interesse, an diesen einzelnen zufälligen Anlass eine allgemeine Bemerkung zu knüpfen.

Worüber freuen sich die Stralsunder eigentlich, wenn sie ihr traditionelles Dankfest begehen? Sie freuen sich, weil sie vor 300 Jahren mit Hilfe der Schweden und der Dänen den Feldherrn des Deutschen Kaisers verhindert haben, für das Reich von der Stadt Besitz zu ergreifen. Sie freuen sich, dass sie ihre Unabhängigkeit dem Reich gegenüber behauptet haben, um dann in Kürze schwedisch zu werden. Die nationale Erinnerung an diesen Tag ist also nicht ungetrübt.

Dasselbe gilt von einer anderen nationalen Erinnerung, die ebenfalls mit Stralsund verbunden ist. Im Jahre 1809 wurde Stralsund, in das sich Major Schill mit seinem Freikorps geworfen hatte, im Sturm genommen und Schill getötet. Wer war der Bezwinger Schills? Es war Friedrich Philipp Victor von Moltke, der Vater des Feldmarschalls, erst königlich preussischer Leutnant, dann, in Dänemark naturalisiert, königlich dänischer Major. Er erzählt selbst, wie er sein Bataillon Holstein gegen das Schillsche Freikorps geführt und wie er seine Landwehrleute durch die Drohung, sie sonst mit Kartätschen zerschmettern zu lassen, zum Weitermarsch über die holsteinische Grenze gezwungen hat. In den Erinnerungen aus seinem Leben, die er 1840 für seine Kinder niederschrieb, berichtet er mit Genugtuung, dass ihm nach dieser Tat der dänische König persönlich erklärte: „Sie haben durch Ihr gutes Betragen Mir und Meinem ganzen königlichen Hause Freude gemacht. Ich werde es Ihnen nicht vergessen." Und Moltke, der Aeltere, fügt diesem königlichen Lobe hinzu: „Friedrich VI. hat Wort gehalten bis an das Ende seiner Tage."

Von solchen Erinnerungen, die sich hier zufällig an Stralsund knüpfen, ist die deutsche Geschichte voll. Nationale Gedenktage der Vergangenheit erinnern meist an den Kampf Deutscher gegen Deutsche, an das Bündnis Deutscher mit dem Ausland gegen Deutsche. Der Grosse Kurfürst bezog Subsidien von Frankreich, und Friedrich der Grosse, im Kampf gegen den Deutschen Kaiser begriffen, erklärte in seinem Testament von 1752: „Preussen kann nicht mit ruhigem Auge zusehen, dass man Frankreich Elsass oder Lothringen wegnimmt . . . und Frankreich kann aus ähnlichem Grunde nicht dulden, dass Oesterreich Schlesien wieder erobert, weil dies einen Verbündeten Frankreichs zu sehr schwächen würde." Die deutschen Freiheitskriege in ihrer ersten Hälfte nennt Treitschke „einen Kampf Preussens gegen die von Frankreich beherrschten drei Viertel der deutschen Nation", und er stellt fest, dass die deutschen Rheinbundstaaten „dem Befehl des Protektors folgten, die meisten noch mit dem ganzen Feuereifer napoleonischer Landsknechtgesinnung".

Es ist gewiss auch kein Zufall, dass in den beiden grossen Schöpfungen unseres Nationaldichters, in denen Freiheitskämpfe gefeiert werden, im „Wilhelm Tell" und im „Abfall der Niederlande", der Kampf um die Losreissung vom Reiche geht. Gerade die Kreise, die im neuen Volksstaat an die Traditionen der Vergangenheit mahnen, möchten gern über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Kabinetts- und Erwerbspolitik der deutschen Fürsten, aus der ein grosser Teil der deutschen Geschichte besteht, mit den nationalen Interessen nichts zu tun hat, dass das deutsche Nationalempfinden ein Kind des demokratischen 19. Jahrhunderts ist. Wurde doch auch die Reichsschöpfung vom 18. Januar 1871 den fast ausnahmslos widerstrebenden deutschen Fürsten mit Einschluss des gekrönten abgerungen, und das Spiel mit den vier Königen gelang in Versailles dem grossen Zauberer Bismark nur, weil ihm eine starke liberale Volksbewegung die nationalen Trümpfe in die Hand gab.

Wie der Glaube an den Vorrang dynastischen Fürstenrechts vor deutschem Volksrecht noch bis in die neueste Zeit spukt, zeigt das Verhalten Wilhelms II. am 9. November 1918, als er die Kaiserwürde ablegte und König von Preussen bleiben, also aus den Trümmern des Reiches seine Hausmacht retten wollte und schon den Grafen Schulenburg, den heutigen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, mit solcher Botschaft nach Berlin betraute. Und in ähnlichen Gedankengängen preist heute in seinen politischen Reden der ehemalige bayerische Kronprinz Rupprecht die Segnungen des Wittelsbacher Zepters und bekämpft das „Berliner Diktat".

Es wäre gewiss falsch, vergangenen Zeiten und Menschen, die das Nationalgefühl im demokratischen Sinne nicht kannten, aus diesem Mangel einen Vorwurf zu machen. Bezweifelt doch Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen", dass bei einer plötzlichen Beseitigung aller deutschen Dynastien „das deutsche Nationalgefühl alle Deutschen in den Friktionen europäischer Politik völkerrechtlich zusammenhalten würde". Er fürchtete: „Die Deutschen würden fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das Bindemittel verloren ginge, welches in dem gemeinsamen Standesgefühl der Fürsten liegt." Darin hat er sich gründlich getäuscht. Der Fürst war bereit, auf den Zusammenhalt zu verzichten. Das Volk hat zusammengehalten, auch in den Volksabstimmungen, hat das Bindemittel „gemeinsamen Standesgefühls" durch gemeinsames Nationalgefühl ersetzt und ihm in der ersten freiheitlichen Verfassung Deutschlands ein Denkmal geschaffen. Einen solchen Verfassungstag zu ehren, beweist mehr geschichtlichen Sinn, als nationale Erinnerungen zu feiern — die keine sind.